

Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin



Antwort der Kreisverwaltung Teltow-Fläming auf die Anfrage des Abgeordneten Herrn Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, vom 28.10.2013, Drucksache (4-1698/13-KT), zum Linksextremismus in Teltow-Fläming

Sachverhalt:

In jüngster Zeit sind der Rechtsextremismus und die von ihm ausgehenden Gefahren wieder verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Gründe hierfür liegen in der jahrelangen Mordserie der NSU-Terror-Zelle, in den Versäumnissen der Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung dieses Verbrechens sowie in den Razzien gegen Teile der sogenannten „rechten Szene“ im gesamten Bundesgebiet.

Leider sind dadurch linksextreme Straftaten aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgeblendet worden. Im Lichte dieser Fakten muss der Blick der Politik daher auch auf linksextremistische Aktivitäten im Kreisgebiet gelenkt werden. Inzwischen scheint es so, als wäre damit nur ein Symptom verschwunden. Dass der Kreis Teltow-Fläming fast 20 Jahre nach Fall der Mauer und der Befreiung Deutschlands und Europas vom Kommunismus keine „Insel der Seligen“ in puncto Linksextremismus ist, dürfte bekannt sein.

Laut Verfassungsschutz Brandenburg sind linksextreme Parteien:

Linksextremistische Parteien verstehen sich als Kaderorganisationen, die eine revolutionäre Umwälzung vorbereiten wollen. Die in Brandenburg aktiven linksextremistischen Parteien "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP; siehe auch "Deutsche Kommunistische Partei") und "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD; siehe auch "Kommunistische Partei Deutschlands") sind marxistisch-leninistisch ausgerichtet. Die "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD; siehe auch "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands") orientiert sich daneben noch an den Lehren Joseph Stalins und Mao Zedongs. Sporadisch treten auch trotzkistische Parteien, zum Beispiel die "Partei für Soziale Gleichheit" (PSG), bei Wahlen in Erscheinung.

Wegen der linksextremen Einstellung einzelner Gruppierungen und Mitglieder in der Partei stehen Teile der LINKEN im Bund und in einigen Ländern unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Als linksextrem gilt, wer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt und statt ihrer den Kommunismus oder die Anarchie anstrebt. In Brandenburg beobachtet der Verfassungsschutz die Partei nicht. In anderen Bundesländern werden, die in der Linkspartei entstandenen offen extremistischen Zusammenschlüsse, wie die Kommunistische Plattform (KPF), das Marxistische Forum (MF), der Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog oder die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si überwacht, da sie sich außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen.

Ich stelle deshalb folgende Fragen:

1. Welche linksextremen Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse sind nach dem Kenntnisstand der Kreisverwaltung im Kreis Teltow-Fläming aktiv?
2. Wie bewertet die Kreisverwaltung die Aktivitäten der DKP, KPD, MLPD und anderer extrem linke Parteien im Kreisgebiet?
3. Wie bewertet die Kreisverwaltung die Aktivitäten weiterer linksextremer Kräfte im Kreisgebiet?

* Die genannte E-Mail Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung

Öffnungszeiten:

Montag und Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:30 Uhr
Freitag 09:00 - 12:00 Uhr

Telefon: 03371 608-0
Telefax: 03371 608-9100
USt-IdNr.: DE162693698
Konto-Nr: 3633027598

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
Gläubiger-ID: DE 87 LTF 000 002 134 52
BLZ: 160 500 00 BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE86 1605 0000 3633 0275 98

Einzelne Beratungsdienste haben andere Öffnungszeiten. Diese erfahren Sie über die Telefonzentrale oder im Internet.
Sie können Ihr Anliegen nach Absprache mit dem Mitarbeiter auch Mo, Di, Mi, Do bis 19:00 Uhr und Fr bis 16:00 Uhr in der Kreisverwaltung erledigen.

Internet: <http://www.teltow-flaeming.de>

4. Welche Kenntnisse liegen über die Aktivitäten der sogenannten „Kommunistischen Plattform“ und ihres Umfeldes vor?
5. Wie hoch sind die Mitgliederzahlen der genannten Parteien bzw. wie ist das Personenpotential des Linksextremismus im Kreis Teltow-Fläming generell einzuschätzen?
6. Welche Erkenntnisse liegen zu Kontakten von linksextremen oder stalinistischen Organisationen aus dem Kreis Teltow-Fläming zu anderen linksextremen Gruppen, Parteien und Organisationen etwa aus den Kreisen Potsdam-Mittelmark, Potsdam oder dem Landkreis Dahme-Spreewald vor?
7. Gibt es Anhaltspunkte, dass Kneipen oder Gaststätten im Kreisgebiet regelmäßig für Treffen linksextremer Gruppen genutzt werden?
8. Gibt es Anhaltspunkte, dass Linksextremisten in gesellschaftlichen Organisationen im Kreisgebiet (wie beispielsweise den Verbänden) aktiv sind?
9. Wie viele Straftaten mit linksextremem Hintergrund (oder mit vermutetem linksextremem Hintergrund) wurden (falls bekannt) in den Jahren 2010 bis 2013 im Kreis Teltow-Fläming durch die Polizei erfasst? Bitte die Zahlen nach Jahren, Deliktarten und Tatorten aufschlüsseln.
10. Wie hoch war (falls bekannt) die Aufklärungsquote linksextremer Straftaten im Kreis Teltow-Fläming in den Jahren 2010 bis 2013?
11. Welche linksextremen Veranstaltungen (Demonstrationen, Kundgebungen, Saalveranstaltungen, Konzerte oder ähnliches) haben nach Kenntnis der Kreisverwaltung in den Jahren 2010 bis 2013 im Kreisgebiet Teltow-Fläming stattgefunden. Bitte aufschlüsseln nach Art der Veranstaltung, Thema, Veranstalter und Ort.
12. Welche Kenntnisse über geplante linksextreme Veranstaltungen in den Jahren 2010 bis 2013 im Kreis Teltow-Fläming, die dann doch nicht stattfinden konnten, hat die Kreisverwaltung?
13. Welche Maßnahmen hat die Kreisverwaltung Teltow-Fläming in den Jahren 2010 bis 2013 zur Eindämmung des Rechtsextremismus ergriffen?
14. Welche Maßnahmen hat die Kreisverwaltung Teltow-Fläming in den Jahren 2010 bis 2013 zur Eindämmung des Linksextremismus ergriffen?
15. In welcher Höhe wurden Maßnahmen von anderen Trägern und Initiativen zur Bekämpfung des Linksextremismus oder zur Förderung demokratischer Einstellungen vom Kreis finanziell in den Jahren 2010 bis 2013 unterstützt?
16. Welche Möglichkeiten sieht die Kreisverwaltung zukünftig zur Unterstützung der Bekämpfung und der Prävention von Linksextremismus?

Für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming beantwortet die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte Frau Witt die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2, 3, 4

Laut Verfassungsschutzbericht verfügt lediglich die DKP über eine Struktur im Landkreis, eine Ortsgruppe in Luckenwalde. Über deren Mitgliedszahl und Aktivitäten ist der Kreisverwaltung nichts bekannt.

Über andere organisatorische Strukturen und Aktivitäten von Parteien, Gliederungen, Vereinen, Zusammenschlüssen usw. linksextremer Richtung ist der Kreisverwaltung nichts bekannt.

Zu Frage 5

Mitgliederzahlen der genannten Parteien sind der Kreisverwaltung unbekannt. Rückschlüsse über die Größe des Potenzials lassen sich lediglich aus der Größe der Wählerschaft schließen.

Die DKP trat bei der Bundestagswahl 2013 nur mit Kandidaten für ein Direktmandat in einem Teil des Landkreises an. Die MLPD trat 2009 und 2013 bei der Bundestagswahl ohne Direktkandidaten an. Die KPD trat nicht zu den Wahlen an.

Im Einzelnen wurden 2009 und 2013 folgende Ergebnisse im Landkreis und in den Kommunen erzielt

2009	2013		
MLPD	DKP	MLPD	Ort
2	4	2	Am Mellensee
1	7	1	Baruth
12	24	17	Blankenfelde-Mahlow
1	1	1	Dahme
0	1	0	Dahmetal
1	-	3	Großbeeren
0	1	1	Ihlow
7	-	8	Jüterbog
6	12	16	Luckenwalde
24	-	19	Ludwigfelde
7	-	2	Niedergörsdorf
1	4	2	Niederer Fläming
2	6	6	Nuthe-Urstromtal
5	10	4	Rangsdorf
2	7	2	Trebbin
3	19	12	Zossen
9	0	0	Briefwahl (2009 Kreis; 2013 Amt Dahme)
83	96	96	Gesamt
0,1	0,1	0,1	in % der gültigen Stimmen

Zum Vergleich wurden 2009 1966 (2,2%) und 2013 1879 (2,1%) Stimmen für die NPD abgegeben.

Zu Frage 6

Der Kreisverwaltung liegen zu dieser Frage keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 7

Die Kreisverwaltung verfügt über keine Kenntnisse zur Beantwortung dieser Frage.

Zu Frage 8

Der Kreisverwaltung liegen keine Anhaltspunkte vor.

Zu Frage 9 und 10

Die Kreisverwaltung verfügt nicht über Informationen zur Beantwortung dieser Fragen.

Zu Frage 11

Laut Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg für 2011 werden zwei Veranstaltungen als „Plattformen für linksextremistische Hass-Musik“ qualifiziert.

Es handelt sich erstens um das unter Schirmherrschaft des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Bischof Markus Dröge, am 25. Juni 2011 in Dahme/Mark durchgeführte Konzert „Dahme zeigt Gesicht“. Dort traten zwei Gruppen auf, „die in einzelnen Texten die Grenze zwischen Gesellschaftskritik und Gewaltverherrlichung klar überschreiten“. Veranstalter war die evangelische Gemeinde der Stadt in Zusammenarbeit mit einem Bündnis von Initiativen, Vereinen und Unternehmern sowie der Stadt Dahme/Mark.

Der Kreisverwaltung ist bekannt, dass in einem Brief des Begleitausschusses des Lokalen Aktionsplanes an den Innenminister des Landes Brandenburg die Darstellung im Verfassungsschutzbericht zurückgewiesen wurde, weil keine linksextremistische Hassmusik gespielt wurde. In diesem Schreiben wurde auch die Frage aufgeworfen, welche Kriterien zu einer solchen Eingruppierung herangezogen werden und woher Veranstalter dieses Wissen bekommen können. Diese Fragen sind nicht beantwortet.

Das zweite als „Plattform“ beschriebene Konzert fand am 3. September 2011 in Niedergörsdorf statt. Der Veranstalter ist der Kreisverwaltung unbekannt. Titel der Veranstaltung war „Spirit from the Street“.

Zu Frage 12

Der Kreisverwaltung liegen keine Kenntnisse zur Beantwortung dieser Frage vor.

Zu Frage 13

Die Kreisverwaltung unterstützt den im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz Fördern – Kompetenz stärken“ laufenden und mit Bundesmitteln versehenen Lokalen Aktionsplan Teltow-Fläming (LAP) personell und durch Zurverfügungstellung einer Büroeinrichtung. Den Beschluss zur Erarbeitung eines LAP fasste der Kreistag am 13.09.2010 und die Fortschreibung dazu in seiner Sitzung am 21.10.2013.

Zu Frage 14

Die Kreisverwaltung hat in den Jahren 2010 bis 2013 keine speziellen Maßnahmen zur Eindämmung des Linksextremismus ergriffen. Eine entsprechende Problemlage ist im Landkreis nicht erkennbar. Der Leiter des Öffentlichkeitsreferates des Brandenburger Verfassungsschutzes, Heiko Homburg, machte dazu im Juni 2013 auf einer Veranstaltung der CDU in Ludwigsfelde (MAZ-online 19. April 2013) Ausführungen. Gleichwohl dienen Projekte des Lokalen Aktionsplanes Teltow-Fläming u.a. der Erziehung zur Toleranz, Gewaltfreiheit und gegen jeglichen Extremismus.

Zu Frage 15

Die Arbeit des Lokalen Aktionsplanes dient auch der Förderung/Entwicklung demokratischer Einstellungen. Insofern kann ein Teil der bisher geflossenen Bundesmittel (insgesamt fast 250.000 Euro) als Unterstützung von Trägern angesehen werden. Der Landkreis fördert im Rahmen der §§ 11-14 SGB VIII die Kinder- und Jugendarbeit. Eine genaue Aussage, wie viele Mittel in diesem recht weitläufigen Förderfeld für die Arbeit gegen Links- oder Rechtsextremismus ausgegeben wurden, ist nicht möglich, weil dazu keine statistischen Erhebungen gemacht werden.

Zu Frage 16

Bei Vorliegen einer auf Fakten beruhenden ernst zu nehmenden Bedrohungslage wird die Kreisverwaltung Schritte einleiten, um dem Kreistag ein Bündel von eigenen Maßnahmen vorzuschlagen.

Für einen Erhalt der Demokratie bedarf es der aktiven Beteiligung **aller** im Landkreis lebenden Menschen. Eine breite Beteiligung sorgt für eine starke Demokratie und das sorgt wiederum dafür, dass Extremismus in jeglicher Form verhindert werden kann.

Wehlan